

SÜDRING AKTUELL



Inklusionsbeirat

Mission Inklusion

Politische Teilhabe

Editorial

Liebe Mitglieder, Freund*innen und Mitarbeiter*innen,

früher hieß es: „Das Private ist politisch“ - das ist aber auch sehr anstrengend. Bei Leben mit Behinderung Hamburg bündeln wir unsere persönlichen Erfahrungen und geben sie weiter. Das müssen wir auch. Denn nur, wenn wir gemeinsam zeigen, wo die Grenzen der vollen und wirksamen Gleichberechtigung sind – an privaten und öffentlichen Orten und Örtchen in Hamburg – nehmen wir Einfluss auf die Politik.

Wir wünschen viel Spaß beim Blättern in Süd- ring Aktuell Juli mit Rück- und Ausblicken im Wahljahr 2021. Das Wahlrecht für alle gilt! Auch die Vertretung in Gremien ist wichtig, wie unser Vorstandsmann Christian Lührs berichtet. Wichtig ist uns dabei auch das Empowerment mit anderen Organisationen für noch mehr Schwung. Dazu finden Sie einen Beitrag von Heiko Kunert, dem Vorsitzenden der Hamburger LAG, auf Seite 9. Unser Netzwerk im Verein trägt nun schon 65 Jahre lang.

In der zweiten Jahreshälfte starten wir nun wieder mit richtigen Treffen im Südring. Bitte achten Sie auf die Informationen auf der Internetseite. Auch digital wird weiter einiges stattfinden. Unser Newsletter suedring-aktuell.de hält Sie dazu auf dem Laufenden. Sie können ihn über unsere Website abonnieren.

Zum zweiten Mal kein Brunnenfest – aber dann sicher wieder 2022! Das Tombola-Los in diesem Magazin auf der bunten Karte verspricht aber schon jetzt vielleicht mehr als gute Laune. Klicken Sie am 8. August 2021 um 12 Uhr auf unsere Facebook-Seite unter facebook.com/LebenmitBehinderungHH und gucken Sie, ob Ihr Los gewonnen hat, wenn unsere Vorsitzende Ingrid Jäger die Ziehung der Gewinner*innen vornimmt: Viel Glück!

Ihre



Kerrin Stumpf

PS: Die tollen Örtchen der Stiftung Leben Pur, eine öffentliche „Toilette für alle“ mit höhenverstellbarer Pflegeliege und Lifter, vermischen wir in Hamburg immer noch. Wir bleiben dran und werden berichten.

| | |
|-----|---------------------------------|
| 3 | TITELTHEMA |
| 5-6 | LEICHTE SPRACHE |
| 7 | TIPPS FÜR RECHTLICHE BETREUENDE |
| 8 | TITELTHEMA |
| 8 | AUS DEN SOZIALEINRICHTUNGEN |
| 9 | AUS DEM ELTERNVEREIN |
| 10 | AUS DEM SÜDRING |
| 10 | AUS DEM ELTERNVEREIN |
| 11 | AUS DEM SÜDRING |
| 11 | KALENDER |
| 12 | KURZ VOR SCHLUSS |
| 12 | AUS DEN SOZIALEINRICHTUNGEN |



KERRIN STUMPF
Elternverein

Impressum

Herausgeber

Leben mit Behinderung Hamburg
Südring 36, 22303 Hamburg
TEL 040. 270 790 - 0
MAIL info@lmbhh.de
WEB www.lmbhh.de

Redaktion

Kerrin Stumpf (V. i. S. d. P.)
kerrin.stumpf@lmbhh.de
Stefanie Könnecke, Linda Hartmann
suedringaktuell@lmbhh.de

Druck

Eurodruck, Hamburg

Südring Aktuell erscheint sechsmal jährlich mit einer Auflage von 3.500 Stück. Redaktionsschluss ist jeweils der 5. des Vormonats.

Konto Bank für Sozialwirtschaft
BIC BFSWDE33HAN
IBAN DE16 2512 0510 0007 4643 00

Hamburger Gemeinschaftsstiftung
für behinderte Menschen
Kerrin Stumpf

Südring 36, 22303 Hamburg
TEL 040. 270 790 - 0
MAIL kerrin.stumpf@lmbhh.de
WEB www.hamburger-gemeinschaftsstiftung.de

Politik inklusiv gestalten

Christian Lührs berichtet von seiner Zeit im Inklusionsbeirat



Foto: Pixabay

Christian Lührs, Vorstandsmitglied bei Leben mit Behinderung Hamburg, war von Beginn an Teil des Inklusionsbeirats Wandsbek. In Südring Aktuell berichtet er davon, wie der Beirat zu einer behindertengerechten Kommunalpolitik beiträgt.

Eine der wichtigsten und gleichzeitig schönsten Aufgaben war es, den Inklusionsbeirat selbst inklusiv zu machen. Das erforderte technische und organisatorische Maßnahmen wie Protokolle in Leichter Sprache, Gebärden- und Schriftdolmetscher*innen während der Sitzungen sowie Sitzungen mit Namensschildern in ausreichend großen Räumen.

Ebenso wichtig ist eine angemessene Behandlung der Themen, sodass alle Teilnehmer*innen diese verstehen und dazu beitragen können. Das hat es ermöglicht, dass sich Mitglieder, die vorher keine Möglichkeit dazu hatten, in einem politischen Gremium beteiligt und auch den Vorsitz übernommen haben. Die Beteiligung am Inklusionsbeirat, der ein rein ehrenamtliches Gremium ist, ist über die Jahre konstant hoch geblieben. Das allein halte ich für einen Erfolg.

Die im Inklusionsbeirat behandelte Themenpalette ist breit verteilt: Wohnen, Gesundheit, Beruf, Schule, wobei ein Schwerpunkt auf der Mobilität und der Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude im Bezirk Wandsbek liegt. Dabei haben wir immer versucht, mit Augenmaß zu

agieren und die Prioritäten dort zu setzen, wo die eingesetzten Mittel einen möglichst großen Nutzen bewirken können. Sinnvoll war es, den Fokus auf bezirkliche Themen zu richten, weil für die Landes- und Bundesebene andere Gremien zuständig sind. Wichtig war es ebenfalls, die Beratung des Bezirksamtes und der Bezirksversammlung in den Mittelpunkt zu stellen und nicht der Versuchung zu erliegen, selbst in der Öffentlichkeit aktiv zu werden. Dies hätte die Möglichkeiten der Mitglieder überfordert und ist auch vom Auftrag des Inklusionsbeirates nicht gedeckt.

Für die Zukunft kann der Aufbau eines bezirklichen Inklusionsplans sinnvoll sein, für den es bereits einen gemeinsamen Statusbericht als Vorläufer gibt. Zudem stellt sich für die Zeit nach der Corona-Pandemie die Frage, ob eine hybride Sitzungsform langfristig weiter ausgebaut werden kann, da dies gerade Menschen mit Behinderungen die Teilnahme erleichtert bzw. ermöglicht. Dabei ist darauf zu achten, dass dadurch nicht neue Barrieren zur physischen Teilnahme geschaffen oder verstärkt werden. Zum Beispiel darf das Fahrdienst-Angebot nicht eingestellt werden, weil eine digitale Teilnahme möglich ist.

Auch hier zeigt sich, dass alles seine zwei Seiten hat. Es bleibt darum eine Aufgabe, die Inklusion im Stadtteil in Kooperation mit dem Bezirksamt nachhaltig und praxisorientiert weiter voranzubringen.



CHRISTIAN LÜHRS
Vorstand

"Wir waren wütend und laut!"

Der Protesttag am 5. Mai stand erneut im Zeichen der Mission Inklusion.



Foto: LmBHH

**Sichtbar
sein für eine
Stadt für
alle.**

Es war wieder ordentlich was los am 5. Mai in Hamburg: Weil wegen Corona nicht auf der Straße demonstriert wurde, hat das „Bündnis 5. Mai“ zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung gleich mehrere andere Aktionen organisiert.

„Sehr gern hätten wir öffentlich demonstriert – auch in Sturm und Regen“, sagt Kerrin Stumpf, Geschäftsführerin des Elternvereins von Leben mit Behinderung Hamburg. „Wegen Corona musste alles digital stattfinden. Aber es lief gut!“

Getreu dem Motto „Sichtbar sein für eine Stadt für alle“ wurden rund 160 Banner an den Außenfassaden der Gebäude unserer Wohngruppen und Bündnispartner aufgehängt. Neben dem Slogan „Mission Inklusion“ wurden sie von den Einrichtungen bemalt, mit Forderungen beschriftet oder anderweitig individualisiert. Ein großer Spaß für alle Beteiligten und eine wichtige Botschaft für alle, die die Banner sehen konnten.

Weiter ging der Protest im Internet: Neben einem Protestvideo, das mit Ralph Grevel (Geschäftsführer der Sozialeinrichtungen von Leben mit Behinderung Hamburg), Kerrin

Stumpf sowie Interessenvertreter*innen und Bündnispartner*innen im Millerntorstadion des FC St. Pauli gedreht wurde, gibt es noch einen Film, in dem ausschließlich Menschen mit Behinderung zu Wort kommen und ihre Forderungen an die Politik gerichtet haben.

Beide Filme wurden auch abends im Rahmen der digitalen Podiumsdiskussion zum Thema „Teilhabe“ gezeigt. Kerrin Stumpf moderierte die Veranstaltung, an der rund 70 Interessierte teilnahmen. Auf dem digitalen Podium dabei waren Petra Lotzkat (Staatsrätin der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration), Doris Haake (People First), Heiko Kunert (Vorstandsmitglied Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen Hamburg LAG) und Jurand Daszkowski (LAG und Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Hamburg).

Jede*r der Teilnehmer*innen konnte unterschiedliche Impulse geben. So griff Petra Lotzkat einen Kommentar des Films auf und bestätigte, dass auf dem Arbeitsmarkt noch eine Menge im Hinblick auf die Inklusion von Menschen mit Behinderung getan werden müsse. Ferner sagte sie zu, dass eine inklusive Jugendhilfe in Hamburg früher als im Bundesgesetz vorgesehen beginnen solle. Heiko Kunert thematisierte die unterschiedlichen

Problematiken der Corona-Situation. So sei es für Blinde beispielsweise kaum möglich, den Mindestabstand einzuhalten, und für Gehörlose schwinde durch den Mund-Nasen-Schutz die Möglichkeit, von den Lippen abzulesen. Zudem betonte er, dass Barrierefreiheit eigentlich ein Querschnittsthema für die gesamte Politik sei, da dies jeden Bereich betreffe. Doris Haake griff das Thema Leichte Sprache auf und forderte, dass diese vermehrt zum Einsatz kommen müsse, zum Beispiel in Behördenschreiben oder am Arbeitsplatz. Und Jurand Daszkowski verdeutlichte, dass Menschen selbst nicht behindert seien, vielmehr würden sie von der Gesellschaft behindert gemacht. Ebenso wies er darauf hin, dass Menschen, die aufgrund von psychischen Erkrankungen ohnehin sehr isoliert leben, es unter Corona besonders schwer haben.

Auch die Teilnehmer*innen zu Hause beteiligten sich an der Diskussion: Über die Chat-Funktion konnten sie ihre Forderungen stellen. Diese bezogen sich auf alle Bereiche des privaten und gesellschaftlichen Lebens. Wichtige Aspekte waren unter anderem

mehr Barrierefreiheit im Sport, Führungen in Kunsthallen in Leichter Sprache, weniger Diskriminierung, kein Angestarrt-Werden, nicht auf die Behinderung reduziert zu werden, sondern als Person wahrgenommen zu werden. Es wurde bereits viel erreicht, trotzdem ist es noch ein weiter Weg, bis alle Forderungen erfüllt sind.

Eine wichtige Forderung ging in die Richtung der Gleichberechtigung von Angestellten und Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Dazu zählt auch das Einkommen für Menschen mit Behinderung und somit ein Ausweg aus der Grundsicherung, denn zur Gleichstellung gehört auch das Recht auf ein eigenes Einkommen, wie es andere verdienen.

Und was passiert nun mit den Forderungen und O-Tönen aus den Filmen? Diese an die Politik in Hamburg gestellten Forderungen soll(t)en in den Landesaktionsplan Eingang finden. Kerrin Stumpf ist mit dem alternativen Protesttag zufrieden: „Wir haben ihn genutzt, wir waren wütend und laut!“



LINDA HARTMANN
Unternehmens-
kommunikation

LEICHTE SPRACHE



Was war los am 5. Mai 2021?

Am 5. Mai 2021 war in Hamburg viel los.

Jedes Jahr ist der 5. Mai der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Deshalb haben auch diese Jahr in Hamburg viele Menschen demonstriert.

Sie haben ihre Meinung gesagt und Forderungen gestellt.

Sie haben gesagt, was sie wichtig finden

für eine bessere Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

Wegen der Corona-Pandemie konnten die Menschen am 5. Mai nicht wie sonst gemeinsam durch die Straßen ziehen.

Das Bündnis 5. Mai hat deshalb andere Protest-Aktionen organisiert.

Zum Beispiel haben viele Wohngruppen Plakate vor ihrem Haus aufgehängt.

Und es gab Protest-Videos von Menschen mit Behinderungen und von Kerrin Stumpf und Ralph Grevel.

Die Videos konnte man im Internet anschauen.

Mit den Videos und den Plakaten konnten die Menschen sagen, was sie sich wünschen.

Zum Beispiel:

- Nahverkehr ohne Hindernisse
- Gleiche Bildung für Alle
- Barriere-freien Wohnraum

Durch die Plakate und die Videos sind die Menschen mit Behinderung in Hamburg sichtbar geworden.

So konnten sie sagen und zeigen was gut läuft und was nicht gut läuft.

Sie konnten Forderungen stellen für eine bessere Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

Wie geht inklusive Politik?

Foto: Pixabay



Hamburg ist eine große Stadt.

Damit die Verwaltung einer so großen Stadt gut funktioniert, ist sie in 7 Bereiche aufgeteilt. Diese Bereiche heißen Bezirke.

Einer dieser Bezirke ist zum Beispiel der Bezirk Wandsbek.

Die Bezirks-Versammlungen und die Bezirks-Ämter machen die Verwaltung in den Bezirken.

In manchen Bezirken gibt es außerdem einen Inklusions-Beirat.

Der Inklusions-Beirat vertritt die Interessen von Menschen mit Behinderung.

Seine Aufgabe ist es, die Bezirks-Versammlung und das Bezirks-Amt zu beraten.

Der Inklusions-Beirat kann so zu einer behinderten-gerechten Politik im Bezirk beitragen.

Der Inklusions-Beirat Wandsbek besteht aus Mitgliedern mit und ohne Behinderung.

Die Tätigkeit im Inklusions-Beirat ist ehrenamtlich,

die Mitglieder erhalten kein Geld für ihre Tätigkeit.

Christian Lührs ist Mitglied im Inklusions-Beirat Wandsbek.

Herr Lührs berichtet, dass der Inklusions-Beirat Wandsbek viele Themen bespricht.

Zum Beispiel: Schule, Wohnen und Gesundheit.

Ein ganz wichtiges Thema ist aber die Barriere-Freiheit von öffentlichen Gebäuden in Wandsbek.

Ein öffentliches Gebäude ist zum Beispiel das Sozialamt oder das Gericht.

Christian Lührs berichtet auch, dass es viele Maßnahmen braucht, damit der Inklusions-Beirat seine Aufgabe gut machen kann.

Zum Beispiel gibt es Gebärden-Dolmetscher und Schrift-Dolmetscher.

Und es gibt Texte und Besprechungen in leichter Sprache.

Durch diese Maßnahmen können alle Mitglieder im Inklusions-Beirat die Themen verstehen.

Dadurch können sie zu einer behinderten-gerechten Politik in Wandsbek beitragen.

Was verändert das neue Betreuungsrecht?

Foto: Pixabay



Das Betreuungs-Recht ist ein Gesetz.

In dem Gesetz stehen Regeln und Vorschriften für die rechtliche Betreuung.

Das Betreuungs-Recht wurde in den letzten Jahren überarbeitet und verbessert.

Ab dem 1. Januar 2023 gilt deshalb ein neues Betreuungs-Recht.

Das ist die wichtigste Änderung im neuen Gesetz:

Das neue Betreuungs-Recht stellt die Wünsche und die Selbst-Bestimmung in den Mittelpunkt.

Das heißt, rechtliche Betreuerinnen und Betreuer müssen die Wünsche der Betreuten achten.

Rechtlich betreute Menschen sollen ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen gestalten können.

Rechtlich betreute Menschen sollen eigene Entscheidungen treffen können.

Rechtliche Betreuer und Betreuerinnen sollen sie dabei unterstützen.

Das ist auch wichtig:

Ein rechtlicher Betreuer oder eine Betreuerin soll nur eingesetzt werden, wenn es nötig ist.

Diese Regel gilt schon jetzt, aber ab 2023 soll darauf noch stärker geachtet werden.

Viele Menschen brauchen nur eine gute Beratung in verständlicher Sprache.

Für diese Menschen soll keine rechtliche Betreuung eingesetzt werden.

Es darf dann auch keine rechtliche Betreuung geben für den Bereich: alle Angelegenheiten.

Das Gericht muss die Aufgaben-Bereiche einer rechtlichen Betreuung ganz klar benennen.

Zum Beispiel Geld-Angelegenheiten oder Gesundheits-Sorge.

Durch die neuen Regeln haben betreute Menschen ab 2023 mehr Selbst-Bestimmung.



Das neue Betreuungsrecht

Was sich durch die Reform des Vormundschafts- und Betreuungsgesetzes ändert

Jetzt gibt es nach langen Verhandlungen ein Ergebnis, das am 12. Mai 2021 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Es wird am 1. Januar 2023 in Kraft treten. Das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsgesetzes ändert die Fundstellen. Ein Betreuungs-Organisationsgesetz kommt hinzu. Im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) werden die Vorschriften künftig anders geordnet sein. Dabei ist vieles leichter zu finden, zum Beispiel zum Vermögensverzeichnis und zur Berichterstattung zur Vermögensverwaltung. Bisher musste man die Betreuerpflichten mühsam im Vormundschaftsrecht aus Verweisen zusammensuchen. Neben der besseren Übersichtlichkeit finden sich Erleichterungen. So beträgt dann die Ehrenamtspauschale 425€ und wer als Geschwister betreut, ist von der Rechnungslegung befreit.

Als sehr positiv ist zu bewerten, dass im Gesetz den Wünschen der Betroffenen und ihrer Selbstbestimmung größtmögliche Bedeutung zukommt: „Der Betreuer hat die Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, dass dieser im Rahmen seiner Möglichkeiten sein Leben nach seinen Wünschen gestalten kann. Hierzu hat der Betreuer die Wünsche des Betreuten festzustellen.“ Mehr als bisher stellt das Betreuungsrecht auf das Individuum ab, seinen Willen und seine Wünsche. Rechtliche Betreuung soll hierfür – auch bei Menschen mit komplexen Behinderungen – rechtliche Assistenz sein. Handeln zum „Wohl“ einer Person soll es nicht mehr geben, den Begriff gibt es fortan nicht mehr. Dadurch verdeutlicht das Gesetz, dass Betreuer*innen Raum für Empowerment schaffen und Entscheidungen unterstützen sollen.

Das Erforderlichkeitsprinzip gilt schon bisher. Doch ab 2023 werden die Betreuungsgerichte und -behörden genauer überprüfen, ob eine Betreuung (noch) erforderlich

ist. Eine Studie im Auftrag des Bundesjustizministeriums hatte ermittelt, dass 10-15 % der Betreuungen vermieden werden könnten, wenn Ärzt*innen, Dienste und Behörden selbst unterstützen statt Betreuungen anzuregen. Mehr rechtliche Selbstsorge soll gefördert werden und auch die Betreuungsbehörden oder -vereine können neu erweiterte Unterstützungen anbieten. Klarstellend gilt, dass eine rechtliche Betreuung die Geschäftsfähigkeit und die Einwilligungsfähigkeit einer Person nicht einschränkt. Eine Betreuung „in allen Angelegenheiten“ wird es nicht mehr geben. Die Gerichte sollen die Aufgabenbereiche nun präzise beschreiben.

Es gibt, insbesondere für Ehrenamtliche, weitere Erleichterungen und neue Beratungsangebote, die für nicht angehörige rechtliche Betreuer*innen sogar verpflichtend sein werden. Auch für die Berufsbetreuung sieht das Gesetz neue Qualitätsanforderungen vor, mit einem geordneten Verfahren zur bundesweiten Registrierung.

Fazit: Der Gesetzgeber hält am Ehrenamt der rechtlichen Betreuung fest und erklärt es für zukunftsfähig. Ehrenamtliche Betreuung ist anspruchsvoll, man benötigt dafür Kraft, Know-how und Fingerspitzengefühl. Dafür muss die Unterstützung stimmen. Wir werden genau prüfen und besprechen, ob die Rahmenbedingungen dafür im Betreuungsgesetz richtig festgelegt wurden.



KERRIN STUMPF
Elternverein

Wir gehen wählen!

Veranstaltungen zur Bundestagswahl für Menschen mit Behinderung

Schaut man in Zeitungen, TV und soziale Medien, merkt man: Die Bundestagswahl steht kurz bevor. Nervös bieten sich Politiker*innen und Lobbyist*innen einen Schlagabtausch dahingehend, wer die beste Kanzlerkandidat*in stellt.


Damit auch Menschen mit Assistenzbedarf gut informiert in die Wahl gehen, gibt es eine neue Kooperation, bestehend aus Leben mit Behinderung Hamburg, der evangelischen Stiftung Alsterdorf und der Landesarbeitsgemeinschaft für Menschen mit Behinderung. Menschen mit Assistenzbedarf gehen aktiv in den Dialog über alles rund ums Wählen, sammeln Informationen und sprechen mit Politiker*innen. Dabei werden zum Beispiel Wahlprüfsteine zu Barrierefreiheit und Inklusion entwickelt.

Elternverein und Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) laden am 13. September um 17 Uhr zur Veranstaltung „Politik im Dialog“ in den Südring ein. In Form eines Zukunfts-Cafés fühlen wir Kandidat*innen für den Bundestag auf den Zahn. Eine vollständige Ankündigung finden Sie auf unserer Website und in der nächsten Ausgabe von Südring Aktuell. Sollte die Corona-Situation ein Treffen vor Ort verhindern, treffen wir uns per Zoom.



Eingeladen sind Menschen mit und ohne Assistenzbedarf, Angehörige, Mitarbeiter*innen und Interessierte. Zur Vorbereitung empfehlen wir Ihnen die Wahlprüfsteine des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V., die Sie auf der Website bvkm.de finden.

Mehr Infos gibt es bei Instagram und bei Facebook:

 @wir_gehen_waehlen

 facebook.com/wirgehenwaehlen2021

Oder auf unserer Website:



AUS DEN SOZIALEINRICHTUNGEN

Mein Kompass: Personenzentrierung konkret

Céline Müller über die Bedeutung von Mein Kompass

Seit drei Jahren wird Personenzentrierung bei Leben mit Behinderung Hamburg mithilfe von Mein Kompass gelebt. Doch was genau bedeutet das? SRA lässt verschiedene Beteiligte zu Wort kommen. Heute: Fachreferentin Céline Müller.

„2018 wurde mit Mein Kompass ein personenzentrierter Weg der Unterstützungsplanung eingeführt. Mein Kompass beschreibt sowohl einen Kreislauf als auch wichtige methodische Elemente, wie Netzwerkkarten, die Seite über mich, die Kommunikation und die Lebensgeschichte. Fast 800 Fach- und Assistenzkräfte wurden seitdem geschult und setzen es in allen Einrichtungen um. Dabei geht es in erster Linie um die Entwicklung individueller Lebensvorstellungen und die Planung von passender Unterstützung. Die Klient*innen werden dabei unterstützt, herauszufinden, was ihnen wichtig ist und welche Unterstützung dafür benötigt wird. Mein Kompass lässt die in der UN-Behinder-

tenrechtskonvention und im SGB IX geforderte Personenzentrierung konkret werden und unterstützt Menschen dabei, das für sie passende Leben zu gestalten.

In zahlreichen Gesprächen mit den Mitarbeitenden bekommen wir tolle Einblicke in die Arbeit mit den Mein-Kompass-Methoden vor Ort. Viele Klient*innen und Mitarbeitende sind mit Eifer dabei, es entstehen interessante Gespräche und Aktivitäten. So wurde zum Beispiel berichtet, dass sich die Beschäftigten einer Tagesstätte mit ihrer Seite über mich den neuen Mitarbeitenden selbst vorgestellt haben und so direkt ins Gespräch gehen konnten. Eine andere Mitarbeiterin erzählte, dass sie beim Thema Lebensgeschichte erfahren hat, dass ein Bewohner in Wilhelmshaven aufgewachsen ist und was er dort erlebt hat. Sie berichtete sie mir, dass sie ihn nun besser verstehen und seine Handlungen besser nachvollziehen könne. Ein Gewinn für Klient und Mitarbeiterin.“



"Gemeinsam können sie viel bewegen"

Heiko Kunert, Hamburger LAG und BSVH-Geschäftsführer, über Elternvereine

Die Geburt eines Kindes mit Behinderung ist ein enormer Einschnitt im Leben von Familien, häufig verbunden mit Angst um die Gesundheit oder gar das Überleben des Kindes. Lebensentwürfe werden plötzlich in Frage gestellt. Unterstützungsleistungen müssen recherchiert, beantragt, häufig aufwendig erkämpft werden. Das Umfeld reagiert häufig verunsichert bis ablehnend.

In dieser Situation sind Elternvereine eine wichtige Stütze. Menschen kennenzulernen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, kann sehr entlastend sein. Gleichzeitig ist der Erfahrungs- und Wissensschatz der Vereine eine Hilfe. Es werden Informationen ausgetauscht, Kontakte hergestellt und eine unübersichtliche Lebenssituation wird überschaubarer. Überforderung wird reduziert. Elternvereine ermöglichen Hilfe zur Selbsthilfe. Sie stärken Eltern in schwierigen Situationen und dadurch indirekt auch die Kinder mit Behinderung und deren Geschwister.

Gleichzeitig hat die Arbeit der Elternvereine eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche Dimension. In einer Zeit, in der neun von zehn Schwangeren bei einer Trisomie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, können die Elternvereine zeigen, dass ein Leben mit Kindern mit Behinderung ein lebenswertes und glückliches sein kann. Das kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Dennoch wird die Rolle der Eltern von Teilen der Behindertenbewegung kritisch hinterfragt. Ein Grund: Viele Menschen mit Behinderung erfahren in ihrer Kindheit – und so manches Mal auch darüber hinaus – ein überfürsorgliches, behütendes Elternhaus, manche sogar Bevormundung, die zu Unselbstständigkeit führt. Sich als Kind mit Behinderung von den eigenen Eltern zu emanzipieren, kann besonders schwer fallen. Die Ambivalenz von Eltern-Kind-Beziehungen spiegelt sich im Blick erwachsener Menschen mit Behinderung auf die Elternvereine wider. Auch strukturell kann die Sicht der Selbsthilfe der Menschen mit Behinderung und der Eltern-Organisationen auf das Thema Behinderung voneinander abweichen.



Heiko Kunert ist Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenvereins Hamburg e. V. (BSVH)

Aus meiner Sicht sollten Elternvereine vor allem Selbsthilfe und Interessenvertretung für Eltern sein. Selbstverständlich können und müssen sie auch die Belange von minderjährigen Kindern vertreten. Spätestens aber, wenn die eigenen Kinder erwachsen sind, muss sich die Rolle wandeln. Dann sollten die Kinder mit Behinderung für sich selbst sprechen und auch die Rolle der Eltern kritisch hinterfragen dürfen. Kinder mit hohem Assistenzbedarf sind dazu zu befähigen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigene Standpunkte zu entwickeln. Hier können Elternvereine dazu beitragen, Strukturen zu schaffen, die die Emanzipation der eigenen Kinder fördern. Vermieden werden muss, dass Elternvereine Strukturen etablieren, die von

Menschen mit Behinderung als übergriffig erlebt werden.

Wenn es nicht die Eltern sein sollen, die für ihre Kinder mit hohem Assistenzbedarf sprechen, die Gruppe ihre eigenen Interessen aber nicht eigenständig vertreten kann, muss diese Aufgabe der Behindertenselbsthilfe zufallen. Menschen mit Behinderung können, zum Beispiel aufgrund geteilter Diskriminierungserfahrungen, gute Anwält*innen für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf sein. Hierfür braucht es in den Selbsthilfe-Organisationen aber ein stärkeres Bewusstsein für die Situation von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf. Diese Gruppe ist häufig auch hier kaum sichtbar.

Sofern die Rollenklarheit sowohl bei Elternvereinen als auch bei den Selbsthilfe-Organisationen der Menschen mit Behinderung gegeben ist, können sie voneinander profitieren und lernen. Gemeinsam können sie viel bewegen.



HEIKO KUNERT

Blinden- und Sehbehindertenverein Hamburg e. V. und Hamburger LAG

Digitale Impulse

Die Tagung der Stiftung Leben pur widmete sich dieses Jahr der Digitalisierung

Die diesjährige Tagung der Stiftung Leben pur hatte das Thema Digitalisierung. Wegen der Corona-Pandemie fand sie, wie bereits im vergangenen Jahr, ausschließlich online statt und bot verschiedene Perspektiven zum Thema an.

In seinem Grußwort zur Eröffnung betonte der stellvertretende Vorsitzende des Elternvereins von Leben mit Behinderung Hamburg, Peter Köchling, die langjährige Kooperation zwischen der Stiftung Leben pur und Leben mit Behinderung Hamburg. Mit Blick auf die Digitalisierung stellte er wichtige Fragen, zum Beispiel nach Möglichkeiten und Grenzen der Technik, aber auch danach, wo denn die Gelder herkämen. Er sagte, dass die Digitalisierung vieles in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung ändern werde, und wies deutlich auf die ethischen Grenzen hin.

Durch die Kooperation kommen bei der Tagung immer wieder wichtige Speaker*innen von Leben mit Behinderung Hamburg zu Wort. So trug Elternvereins-Geschäftsführerin

Kerrin Stumpf zur Podiumsdiskussion „Digitalisierung in der Pädagogik: Distanzunterricht, Lernplattformen, Medienkompetenz“ bei. Maïke Staniek von der Unterstützten Kommunikation sprach über die „Digitalisierung bei Leben mit Behinderung Hamburg – Perspektiven auf ein digitaleres und technischeres Leben – für alle“.

Wichtige Impulse gab unter anderem der Vortrag von Prof. Helmut Kreidenweis, der darauf hinwies, dass sich die Kommunikation immer weiter in den digitalen Raum verschiebe. Dabei sei es wichtig, Themen von Grund auf (neu) zu denken. Dabei dürfe man aber nie außer Acht lassen, wofür wir unsere Arbeit machen.



STEFANIE KÖNNECKE
Unternehmenskommunikation

Gemeinsam für mehr Inklusion

Das Beteiligungsverfahren "Mit uns!" soll Teilhabe und Barrierefreiheit fördern

Hamburg schreibt 2021 den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention fort. Dazu gibt es das Beteiligungsverfahren „Mit uns!“ mit Arbeitsgruppen, die bereits im Juni gestartet sind.

Sie sollen Maßnahmen zur Verbesserung von Teilhabe und Barrierefreiheit in den Bereichen Arbeit, Gesundheit einschließlich Pflege, Gesellschaft, Bildung sowie Wohnen & Verkehr erarbeiten. Die Moderation erfolgt durch die von der Sozialbehörde beauftragte Lawaetz-Stiftung. Die Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen e. V. begleitet den Prozess als Vertreterin der Selbsthilfe, um möglichst vielen Menschen mit Behinderung und ihren Organisationen den Zugang zu der gewähren.



2012 hatte Hamburg den ersten Landesaktionsplan (LAP) geschrieben und diesen seither stetig weiterentwickelt.

Auch damals hatte es ein Beteiligungsverfahren gegeben. Zugleich beinhaltete der LAP damals den Konsens in Politik und Verwaltung anstelle innovativer Ziele und Maßnahmen. Für 2021 haben sich viele vorgenommen, mit ihrer Beteiligung mehr zu erreichen.

Unsere Vorsitzende Ingrid Jäger war eine der ersten Interviewpartner*innen, um auf Verbesserungen für mehr Inklusion aus Sicht von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf und deren Angehörigen hinzuweisen. Der Elternverein engagiert sich für einen starken Landesaktionsplan. Das vom Deutschen Institut für Menschenrechte angemahte Beteiligungsverfahren ist eine Chance. Seien auch Sie dabei, auch als Angehörige, und fördern Sie die Teilhabe für unsere Zielgruppe. Informationen dazu erhalten Sie in unserer Geschäftsstelle und auf unserer Website.



KERRIN STUMPF
Elternverein

Blumengruß zum 1. Mai

Foto: LmbBHH



Während viele den 1. Mai als freien Feiertag genießen, sind bei Leben mit Behinderung Hamburg zahlreiche Mitarbeitende im Einsatz. Dieses Jahr gab es dafür vom Vorstand Pflanzen als kleines Dankeschön, vor allem für die vergangenen Monate, in denen alle Mitarbeitenden und Freiwilligen flexibel, kreativ, herzlich und über das normale Maß hinaus belastbar waren und sind. Vielen Dank für Ihre Stärke und Unterstützung für die Klient*innen und deren Familien!

Martin Rösner geht in Rente

Foto: LmbBHH



„Jugendphase und jugendliches Handeln“ – wie das Thema seiner Masterarbeit war auch sein Wirken bei Leben mit Behinderung Hamburg: Bis zur Altersrente ist er jung geblieben. Angefangen hatte Martin Rösner 1988 als Leiter des Carla-Teigeler-Hauses; zehn Jahre später wechselte er in die Bereichsleitung. Insbesondere das innovative Wohnkonzept der ambulanten Hausgemeinschaft ist mit seinem Namen verbunden, er hat aber auch viele andere Projekte mit Ideen, Kontakten und Geduld ermöglicht. „Dabei ist er über all die Zeit voller Spannkraft geblieben und immer wach für die Rechte und Interessen von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen“, so Kerrin Stumpf. Zum 1. Juli ist Martin Rösner in Rente gegangen.

Veranstaltungstipps

Lesen Sie unsere Termin-Highlights für Juli und August 2021. Weitere Termine finden Sie auf unserer Website: www.lmbhh.de/aktuelles/termine



Juli

Samstag

3



14.00



Stadtreiben-Café

Wir treffen uns digital und genießen mit eigenen Getränken und Snacks den Nachmittag zusammen

Zoom-Einwahldaten

Meeting-ID: 920 6358 0652

Kenncode: cafe1234

August

Sonntag

8



12.00



Tombola

Bewahren Sie Ihre Karte mit Losnummer gut auf, auch Sie haben die Chance, tolle Preise zu gewinnen.

Ort: Die Ziehung der Gewinner wird live auf unserer Facebook-Seite übertragen.

Montag

16



17.00



Politik im Dialog

Zur Bundestagswahl sprechen wir über Forderungen zu Barrierefreiheit und Mobilität.

Ort: Südring 36 und Zoom

Zoom-Einwahldaten

Meeting-ID: 934 3094 7971

Kenncode: Politik21

Mittwoch

18



18.00



Elterngesprächskreis

Inklusion/Integration

Neues zur Schulbegleitung.

Ort: Südring 36 und Zoom

Zoom-Einwahldaten

Meeting-ID: 982 9724 7234

Kenncode: 12345678

Ob die Veranstaltungen vor Ort oder digital per Zoom stattfinden, hängt von den Corona-Vorschriften am Veranstaltungsdatum ab und stand daher bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Aktuelle Informationen dazu gibt es unter www.lmbhh.de/aktuelles/termine.


Haben Sie Anmerkungen oder Fragen zum Heft?

Dann melden Sie sich gern bei

Stefanie Könnecke

Redaktionsleitung
sra@lmbhh.de

Besuchen Sie uns auch bei

 facebook.com/LebenmitBehinderungHH

oder im Internet unter

www.lmbhh.de
www.suedring-aktuell.de

Leben mit Behinderung Hamburg, Postfach 60 53 10, 22248 Hamburg

KURZ VOR SCHLUSS

Auch in diesem Sommer möchten wir von Ihnen wissen: Wie ist es Ihnen als Eltern eines Schulkindes mit Behinderung in den vergangenen Monaten der Corona-Einschränkungen ergangen? Hat sich die Situation verbessert oder sogar verschärft? Scannen Sie den QR-Code und machen Sie mit bei unserer **Umfrage**.



Wir fordern bessere Bildung für Kinder mit Behinderung. Deshalb hat der Elternverein von Leben mit Behinderung Hamburg an der Initiative „**Pakt für Inklusion 2021 - Inklusive Bildung und Digitalisierung zusammen-denken**“ mitgewirkt und ist einer der Erstunterzeichner. Das Ziel: Alle jungen Menschen sollen Zugang zu hochwertiger inklusiver Bildung und digitalen Lernangeboten erhalten.

Der Elternverein von Leben mit Behinderung Hamburg hat eine **neue Website**. Sie erreichen ihn über www.derelternverein.de.

Der Online-Familienratgeber der Aktion Mensch bietet Informationen und Service für Menschen mit Behinderung und ihre Familien.



AUS DEN SOZIALEINRICHTUNGEN

Umzug abgeschlossen

Randersweide wird zur Tagesstätte Allermöhe

Die Tagesstätte Randersweide ist nach Allermöhe umgezogen. Seit Ende Mai befindet sie sich nun in den Räumlichkeiten einer ehemaligen Tischlerei der Elbe-Werkstätten, keine drei Kilometer vom früheren Standort entfernt.

Die Tagesstätte Allermöhe, so der neue Name, hat es in sich: mehr Platz für mehr Beschäftigte und auch ein größeres Angebot. Die Zahl der Beschäftigten erhöht sich von 30 auf 40; diejenigen aus der Randersweide sind schon da, es folgen noch Beschäftigte aus dem Carla-Teigeler-Haus und Schulabgänger*innen aus Bergedorf, die hier eine Feinwerk-Berufsorientierung aufnehmen werden. Hier entstehen neue Ideen, während bestehende Angebote wie die Kerzen-, Holz- und Papierproduktion ausgeweitet werden. Auch Auf Achse wird seine Aktivitäten in der Nachbarschaft intensivieren.

Andreas Stolle, Leiter der Tagesstätte Allermöhe, bedankt sich bei allen, die geholfen haben, dieses Projekt zu stemmen, und verspricht: „Sobald es möglich ist, gibt es eine Einweihungsfeier!“



LEBEN MIT BEHINDERUNG